

Laibacher Zeitung.

Nr. 115.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Austellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7-50.

Dienstag, 22. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr. 1 bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1883.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Mai d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, dass dem mit dem Titel und Charakter eines Hofrathes bekleideten Oberforstmeister und Vorstande der Forst- und Domainendirection in Innsbruck Hermann Ritter v. Gradetzky anlässlich der von ihm erbetenen Versetzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen, eifrigen und ersprießlichen Dienstleistung ausgesprochen werde.

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt des in der periodischen Druckschrift „Wiener landwirtschaftliche Zeitung“ Nr. 1708 vom 12. Mai 1883 enthaltenen Artikels mit der Aufschrift „Zur landwirtschaftlichen Socialgesetzgebung“ in den Stellen von „die alle Schichten der Bevölkerung“ bis „des Volkes verwendet werden“ und von „Nachdem aber im Gesetze“ bis „Zwang aufgedrungen wurden“ das Vergehen nach § 300 St. G. begründe, und hat nach § 493 St. G. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Vergleich zwischen dem alten und neuen Volksschulgesetze.

VIII.

Wir wollen nun den § 48 beleuchten. Diesem Paragraphen wurde vorgeworfen, dass er in seiner neuen Fassung erstens im Widerspruch stehe mit dem Artikel III der Staatsgrundgesetze, welcher „die öffentlichen Aemter für alle Staatsbürger gleich zugänglich“ erklärt, und zweitens die Schule der Kirche unterordne. Betrachten wir zunächst die Texte. Im alten Volksschulgesetze lautet § 48:

„Der Dienst an öffentlichen Schulen ist ein öffentliches Amt und ist allen österreichischen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses gleichmäßig zugänglich.“

„Zur Anstellung als Lehrer oder Unterlehrer ist nebst der österreichischen Staatsbürgerschaft der Nachweis der entsprechenden Befähigung (§ 38) erforderlich.“

Im neuen Volksschulgesetze hat dieser Paragraph folgenden Text:

„Der Dienst an öffentlichen Schulen ist ein öffentliches Amt und für alle Staatsbürger gleichmäßig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben.“

„Als verantwortliche Schulleiter (§§ 12, 14 Absatz 2, § 19 Punkt 4 und 5) können nur solche Lehrpersonen bestellt werden, welche auch die Befähigung zum Religionsunterrichte (§ 38 Absatz 5) jenes Glaubensbekenntnisses nachweisen, welchem die Mehrzahl der Schüler der betreffenden Schule nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen fünf Schuljahre angehört. Bei der Ermittlung dieses Durchschnittes werden alle evangelischen Schüler als einer und derselben Confession angehörig betrachtet. Es ist Pflicht der Schulleitung, an der Ueberwachung der Schuljugend bei den ordnungsmäßig festgesetzten religiösen Uebungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses sich zu betheiligen.“

Ehe wir jedoch zur Vergleichung der beiden Texte übergehen, müssen wir dem geehrten Leser das ganze Material vorlegen, das er kennen muss, wenn er zu einem richtigen Urtheile gelangen will. Er hat gewiss bemerkt, dass sich im alten Volksschulgesetze der zweite Absatz des Paragraphen auf § 38 bezieht. Dieser § 38. Paragraph des alten Volksschulgesetzes spricht von den Lehrbefähigungs-Zeugnissen und den Commissionen für die Lehrbefähigungs-Prüfungen. Da lautet der vierte Absatz:

„Zum Behufe der Prüfung der Candidaten hinsichtlich ihrer Befähigung zum Religionsunterrichte sind Vertreter der Kirchen- und Religionsgenossenschaften zu berufen (§ 5 Absatz 6).“

Die Lehramts-Candidaten für die Volksschule hatten also auch bisher sich nicht nur einer Prüfung aus der Religion zu unterziehen, die ja in den Lehrerbildungsanstalten vorgetragen wird, sie mussten diese Prüfung vor Vertretern der betreffenden Kirchen- und Religionsgenossenschaften ablegen. Warum? Das Gesetz gibt uns die Antwort auf diese Frage, indem es auf § 5 Absatz 6 des alten Volksschulgesetzes hinweist. Lesen wir also auch diesen sechsten Absatz des § 5. Derselbe lautet:

„An jenen Orten, wo kein Geistlicher vorhanden ist, welcher den Religionsunterricht regelmäßig zu erteilen vermag, kann der Lehrer mit Zustimmung der Kirchenbehörde verhalten werden, bei diesem Unterrichte für die seiner Confession angehörigen Kinder in Ge-

mäßigkeit der durch die Schulbehörden erlassenen Anordnungen mitzuwirken.“

Auch nach dem alten Volksschulgesetze konnten also die Lehrer im Bedarfsfalle „verhalten werden, den ihrer Confession angehörigen Kindern den Religionsunterricht zu erteilen.“ Wenn aber kein Religionslehrer da war, „konnten“ sie nicht nur, sondern sie mussten dazu verhalten werden, denn der weitere Absatz des § 5 fügt hinzu:

„Falls eine Kirche oder Religionsgenossenschaft die Beforgung des Religionsunterrichtes unterlässt, hat die Landes Schulbehörde nach Einvernehmung der Betheiligten die erforderliche Verfügung zu treffen.“

Der Staat ist somit auch nach dem alten Volksschulgesetze verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Kinder nicht ohne Religionsunterricht bleiben. Es ist klar, dass der Staat dieser Pflicht nur entsprechen kann, wenn der Volksschullehrer auch die Befähigung zum Religionsunterrichte erwirbt. Daher die angeführten Verfügungen des Gesetzes, deshalb beruft sich § 48 auf § 38 und dieser wieder auf § 5 des alten Volksschulgesetzes.

Im neuen Texte des § 48 wird im Schlusssatze der Schulleitung die Pflicht auferlegt, „an der Ueberwachung der Schuljugend bei den ordnungsmäßig festgesetzten religiösen Uebungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses sich zu betheiligen.“ Diesbezüglich ist zu bemerken, dass auch die Schul- und Unterrichtsordnung von 1870 in ihrem § 50 verfährt: „Es ist Pflicht der Schule, für die Disciplinar-Ueberwachung der Schüler bei den im Sinne des § 5 des Reichs-Volksschulgesetzes eingeführten religiösen Uebungen durch Lehrer des betreffenden Glaubensbekenntnisses zu sorgen.“

Zur Kennzeichnung der Tragweite des neuen § 48 sei eine Bemerkung angeführt, welche Ritter v. Hasner, der Schöpfer des Volksschulgesetzes von 1869, in der Generaldebatte des Herrenhauses bezüglich des in Rede stehenden Paragraphen machte. Er sagte: „Hiezu kommt noch weiter, dass sich dieses Gesetz eben nur auf die Schulleiter bezieht. Es hat also eigentlich keine Bedeutung nur für einclassige, das heißt solche Schulen, wo der Lehrer nur seine eigene Person leitet; für zwei- und dreiclassige hat es gar keine Bedeutung.“

Von welchen Ansichten und Absichten aber selbst das Bürgerministerium in der vorliegenden Frage ge-

* Stenograph. Protokoll, 1883. Herrenhaus, 74. Sitzung, Seite 1162.

Feuilleton.

Der zerbrochene Sporn.

Roman aus dem Leben einer großen Stadt.

Von Wilh. Hartwig.

(50. Fortsetzung.)

19. Capitel.

Die Einträge kamen nun in mehr oder weniger schneller Folge, je nachdem die Schreiberin ihr Herz von neuen Hoffnungen bewegt, oder von herberemummer bedrückt fühlte.

„Den 25. Juni. Die Bürde des Lebens macht mich mehr und mehr verzagt. Zuweilen wundere ich mich kaum, dass diejenigen meiner Bekannten, welche ein Recht dazu zu haben glauben, mich wegen meines traurigen Aussehens und veränderten Benehmens tadeln. Aber gewiss, wenn sie alles wüßten, würden sie milder in ihrer Beurtheilung sein.“

Heute sind es zehn Jahre, seit ich, eine junge und glückliche Gattin, nach Moorfield kam. Meine Nachbarn betrachteten mich als eine vom Glück begünstigte Frau; für diese bewahre ich mir auch heute noch mit des Himmels Hilfe nach außen hin einen Schein von Glück. Ich will nicht, dass ein prüfendes Auge den Grund der mit mir vorgegangenen Veränderung, die ich ja nicht gänzlich verbergen kann, argwöhnen soll. Die Welt soll es nicht wissen, dass mein Lächeln ein blutendes Herz verbirgt.

Es ist hart, so hart, aus Liebe zu sterben! Aber obgleich der tödtliche Streich ein so grausamer war, dauert es doch eine lange, unendliche Zeit, bis das Herz seinen letzten, zärtlichen Schlag gethan. Ich fürchte, es wird nimmer ganz ersterben, denn so manchesmal ertappe

ich mich, dass ich mich abhärme, nach einem einzigen Liebesworte aus seinem Munde, wie sie früher meine Wonne waren, aber nimmer beglückt ein solches jetzt mein Herz.

Susanne weißt noch immer unter demselben Dache mit mir. Eine Frau von mehr Willensstärke, als ich besitze, würde das Haus längst verlassen haben, aber ich kann es nicht vergessen, welch schmerzlichen Preis ich gezwungen sein würde, für einen solchen Schritt zu zahlen. Eines Tages, zur Verzweiflung getrieben, vermochte ich es nicht mehr, mein beleidigtes Gefühl länger zur Ruhe zu zwingen, und zornig erklärte ich meinem Gatten, dass ich ihm nicht länger helfen wolle, diese trostlose Maske weiter zu spielen, die wir, um die Welt zu täuschen, aufführten. Aber ich hätte mir die Schmach ersparen können, die mir widerfahren sollte. Edward wandte mir ein Gesicht mit so grausamer, eifriger Miene zu, dass ich mich unter diesem Blick einer Ohnmacht nahe fühlte.

„Sie wünschen zu gehen, Madame?“ sagte er. „Sie haben volle Freiheit, zu thun, was Ihnen beliebt. Ich will Ihnen nicht entgegen sein. Aber ich gebe Ihnen zu bedenken, dass Sie Ihren Sohn hier zurücklassen werden!“

Ich sollte meinen Sohn zurücklassen? Der Gedanke schon trieb mich zum Wahnsinn. Was außer ihm hält mich denn noch am Leben? Mich von ihm zu trennen, gieng über meine Kräfte, so nahm ich denn die Last, die ich im Born hatte von mir werfen wollen, aufs neue auf mich, um sie auch ferner stumm dulden zu tragen.

Ich sehe Susanne jetzt selten; ich bin überzeugt, dass auch mein Gatte sie jetzt eher vermeidet. Ich kann nicht begreifen, was beide mit einander verbindet. Alles, was ich weiß, ist, dass unter ihrem Einflusse die Blume meines Glückes zu welken begann. Ich

fürchte, dass sie eine Ueberlegenheit über Edwards Geist gewonnen hat, die sie für einen schlechten Zweck ausnützt.

Das letztemal, als ich sie sah, werde ich sobald nicht wieder vergessen. Es war an einem Frühlingsabend, vor etwa drei Wochen. Ich machte einen Gang durch den Garten. Der süße Blumenduft, der aus dem Obstgarten herüberzog, bewog mich, meine Schritte dorthin zu lenken. Auf diesem Wege musste ich den Theil des Hauses passieren, in welchem Susanne ihre Arbeiten verrichtete. Ich blieb stehen, halb entschlossen, umzukehren und meinen geplanten Weg aufzugeben, so sehr widerstand es mir, mit ihr zusammenzutreffen, oder auch nur sie zu sehen, die ich — Gott verzeihe es mir — vom Herzensgrunde hasste. Aber im nächsten Augenblick klang ein Ton an mein Ohr, der mich bewog, weiter zu gehen. Es war eines Kindes Lachen, ein lautes, fröhliches Lachen, und ich erkannte es als das meines Sohnes. Hinter einem Gebüsch stehen bleibend, sah ich Susanne auf einer Gartenbank sitzen, William an ihrer Seite. Der Knabe lachte und spielte in ausgelassener Fröhlichkeit und wieder und wieder schlang er seine Arme um Susannens Nacken und sie drückte ihn an ihre Brust.

Einige Augenblicke stand ich da, unbemerkt von jenen beiden; aber lange konnte ich es nicht ertragen. „Wie,“ dachte ich, „ist es nicht genug, dass diese Fremde mir meinen Gatten abwendig gemacht hat, soll sie mir nun auch noch die Liebe meines Kindes rauben?“ Aber wehe mir! Ich konnte nur bemerken, wie William gegen sie eine Zuneigung zeigte, welche der Knabe seit meiner gefährlichen Krankheit mir nie gezeigt hatte. Zornig schritt ich auf die Gruppe zu und meines Sohnes Hand ergreifend, rief ich:

„Susanne, das werde ich nicht gestatten. Komme mit mir, William!“ (Fortf. folgt.)

leitet werde, das wurde in derselben Debatte des Herrenhauses neuerdings constatirt. Graf Belcredi nämlich erinnerte hieran, indem er sagte: „Bei der Debatte über das Gesetz, betreffend das Verhältnis der Schule zur Kirche (1868), hat Se. Excellenz Ritter v. Hasner (damals Cultus- und Unterrichtsminister) selbst bemerkt, daß der Lehrer des gleichen Glaubensbekenntnisses sein soll wie der Religionslehrer. (Ritter v. Hasner: „Ich sagte damals: „wünschenswert.“) Ich bitte, mit diesen Worten steht es im stenographischen Protokoll.“

Diese Auffassung des Bürgerministeriums, welche noch viel weiter geht, als der neue § 48, erklärt sich wohl zur Genüge dadurch, daß es im alten wie im neuen Schulgesetze als erste Aufgabe der Volksschule erklärt wird, „die Kinder sittlich-religiös zu erziehen“.

* Stenograph. Protokoll. Herrenhaus, 74. Sitzung, Seite 11709.

Reichsrath.

Herrenhaus.

Wien, 16. Mai.

In der Generaldebatte über die Regierungsvorlage, betreffend die Regelung der Activitätsbezüge der Beamten zur Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters erwiderte auf die Ausführungen Ihrer Excellenzen des Grafen Leo Thun und des Grafen Richard Belcredi

der Herr Regierungsvertreter Ministerialrath Ritter von Mayer:

Hohes Haus! Ich erlaube mir zunächst, bevor ich auf die in der Wesenheit übereinstimmenden Ausführungen Sr. Excellenz des hochgeehrten Herrn Vorredners eingehe, auf die Bemerkung Sr. Excellenz des hochgeehrten Herrn Redners zurückzukommen betreffend die Steuer-Repartition.

Se. Excellenz hat der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die definitive Steuerbemessung vielleicht in diesem Jahre gar nicht werde zustande kommen können, und dürfte dazu durch die Bestimmung geleitet werden sein, daß nunmehr zuerst die Grundbesitzbogen zur Betheiligung der Grundbesitzer ausgefertigt werden. In dieser Beziehung bin ich in der angenehmen Lage, die beruhigende Versicherung auszusprechen, daß diese Besorgnis sich nicht bewahrheitet. Die Steuer-Repartition sowie die Ausfertigung der für die Grundbesitzer bestimmten Grundbesitzbögen werden in manchen Ländern noch bis Ende Juni, in anderen bis Ende Juli, längstens aber bis Mitte August stattfinden. Wenn aber auch die Ausfertigung dieser Grundbesitzbögen, welche die Aufgabe allerdings bedeutend erschwert, nicht eingetreten wäre, so wäre es doch nicht möglich gewesen, die definitive Steuerbemessung gleich mit Beginn dieses Jahres vorzunehmen. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juni 1881, betreffend die Feststellung der Grundsteuerhauptsumme in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen der übrigen Grundsteuergesetze muß, nachdem die technischen Operationen in Bezug auf das Reclamations-Verfahren gegen Ende des Jahres 1882 zum Abschlusse gelangten, die definitive Steuerbemessung schon mit der Wirkung vom 1. Jänner 1883 an eintreten.

Allein dem hatte die Durchführung aller jener Änderungen in den Operaten voranzugehen, welche sich infolge des Reclamations-Verfahrens ergaben. Nun bitte ich den Umstand gütigst berücksichtigen zu wollen, daß es in Oesterreich 52 Millionen Steuerobjecte gibt. Bei einem großen Theile dieser Parzellen sind Änderungen vorgekommen, und jede Änderung muß in den verschiedenen Operattheilen dargestellt und berechnet werden. Obgleich die Finanzverwaltung selbst zu Ausbittelsindividuen gegriffen hat, so ist es insbesondere in den großen Kronländern vorgekommen, daß man nicht in genügender Anzahl brauchbare Individuen gegen den bestimmten Lohn aufbringen konnte. Demnach wäre unter allen Umständen die Durchführung dieser Änderungen nach längerer Zeit vor sich gegangen. Die definitive Steuerbemessung aber konnte erst nach dem Abschlusse dieser Durchführungsarbeiten in Angriff genommen werden. Diese Arbeit ist gegenwärtig bereits im Zuge. Nachdem es sich aber hier gleichfalls mit Rücksicht auf die Anzahl der Grundbesitzer, mit Rücksicht auf die Anzahl der aufzuteilenden Steuerbeträge um eine sehr umfangreiche Arbeit handelt, so ist es auch nur nach einiger Zeit möglich, dieselbe zustande zu bringen. Jedoch erlaube ich mir die Versicherung auszusprechen, daß die Finanzverwaltung mit Aufgebot aller Kräfte dahin gewirkt hat, um so rasch als möglich diese Arbeit zustande zu bringen.

Was die weiteren Ausführungen in Bezug auf die Bestellung des Personales betrifft, so erlaube ich mir die Versicherung auszusprechen, daß die Finanzverwaltung gewiß nicht leicht an die Präliminierung dieses Aufwandes herantreten ist, daß sicher zuvor alle Erwägungen platzgegriffen haben, ob es nicht möglich wäre, mit einem weit geringeren Aufwande das Ziel zu erreichen, das erreicht werden muß.

Die Klagen über die mangelhafte Evidenzhaltung sind gewiß dem hohen Hause vollständig bekannt; sie datieren noch in eine Zeit zurück, wo von der

Grundsteuer-Regulierung, die nunmehr durchgeführt ist, keine Rede war. Diesen Klagen kann nur an der Hand der Bestimmungen des Gesetzesentwurfes über die Evidenzhaltung abgeholfen werden. Die Ausführung dieses Gesetzes bedingt aber den veranschlagten Aufwand. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß bisher ein weit geringeres Evidenzhaltungs-Perfonale ausreichte, so erlaube ich mir, die geneigte Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß in dem Motivenberichte ausdrücklich erwähnt wird, daß es nur darum möglich war, mit diesem geringen Evidenzhaltungs-Perfonale das Auslangen zu finden, weil das für die Grundsteuer-Regulierung bestellte Personale gleichfalls zu dieser Evidenzhaltung, und zwar in der Art herangezogen wurde, daß jedem Grundsteuer-Regulierungs-Geometer, welcher eine bestimmte Gemeinde zum Zwecke der Grundsteuer-Regulierungsarbeiten zu besuchen hatte, gleichzeitig die Aufgabe gestellt war, bei dieser Gelegenheit die Evidenzhaltungs-Arbeiten in der betreffenden Gemeinde vorzunehmen.

Unter solchen Umständen konnte allerdings, insofern das Personale für die Grundsteuer-Regulierung vorhanden war, von einer Vermehrung des speciellen Personales für die Evidenzhaltung Umgang genommen werden. Dies hat sich jedoch nunmehr geändert. Daran anknüpfend, erlaube ich mir, gleichzeitig die Aufklärung zu geben, daß die 380 Functionäre, wie auch in einem der Motivenberichte erwähnt wird, nur die dermalen in Verwendung befindlichen Functionäre sind, keinesfalls aber sämtliche bei der Grundsteuer-Regulierung in Verwendung gestandene. Das gesammte Schätzungs-personale ist bereits im Jahre 1882 entlassen worden; es hat bereits im Jahre 1879 nach Beendigung der Einschätzungsarbeiten eine bedeutende, mehrere hundert Beamte und Vermessungsdiurnisten und Eleven umfassende Reduction stattgefunden, und überdies ist nach Beendigung des Reclamations-Verfahrens im Sommer 1882 die erste und Ende 1882 die zweite Reduction eingetreten. Nach Abschlag aller dieser bereits entlassenen Individuen befinden sich jetzt noch die 380 Functionäre in Verwendung.

Es ist der Aufwand ganz beziffert worden, der sich bisher für das Evidenzhaltungs-Perfonale, und zwar mit 179 272 fl. ergab; andererseits ist aber in dem Motivenberichte erwähnt worden, daß, wenn sich nur auf die Bestellung des Evidenzhaltungs-Perfonales nach Maßgabe des in den westlichen Ländern bereits vorhandenen beschränkt werden sollte, für Galizien, Tirol, Borsarlberg und die Bukowina sich ein Mehraufwand von 122 728 fl. ergeben würde. In dem Motivenberichte ist jedoch noch weiters angedeutet, daß damit selbst bei Aufrechterhaltung der bestehenden Vorschriften noch nicht Genügendes geschehen wäre, sondern daß eben im Hinblick auf den Umstand, daß die Grundsteuer-Regulierungs-Geometer, welchen bisher die Aufgabe zufiel, in den Gemeinden, in welchen sie die Operationen zum Zwecke der Grundsteuer-Regulierungsarbeiten vornahmen, auch die Evidenzhaltungs-Arbeiten zu besorgen, nicht mehr zur Verfügung stehen werden, eine noch weitergehende Vermehrung des Evidenzhaltungs-Perfonales in sämtlichen Ländern eintreten müßte. Diesen Aufwand haben wir berechnet, und es ergibt sich derselbe mit weiteren 171 400 fl.

Werden allen diesen Beträgen die Umschreibungs- und Vermessungsgebühren zugezählt mit 150 000 fl., so ergibt sich im ganzen ein Betrag von 623 400 fl.

Wenn dieser Betrag dem künftigen Gesamtaufwande per 797 980 fl. entgegengesetzt wird, so stellt sich der eigentliche Mehraufwand mit bloß 174 580 Gulden heraus. Dies ist also jener Betrag, welcher als Mehraufwand anzusehen ist für alle die wesentlichen Vortheile, welche durch den von dem hohen Hause bereits beschlossenen Gesetzesentwurf über die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters erreicht werden sollen.

Uebrigens ist aber auch noch in dem Motivenberichte des Umstandes Erwähnung geschehen, daß in jenen Ländern, in welchen bisher überhaupt keine Evidenzhaltung bestanden hat, noch eine Vermehrung des Steueramtspersonales eintreten müßte, wenn nach den bisherigen Vorschriften vorgegangen werden sollte. Denn demnach wäre es die Aufgabe des Steueramtes, die Veränderungen rücksichtlich ganzer Besitzungen und ganzer Parzellen selbst vorzunehmen; und nur bei Grundtheilungen hätten die Vermessungsbeamten einzutreten. In Galizien, in der Bukowina und zum Theile in Tirol und Borsarlberg war dies der Fall.

Innsbruck in den erstgenannten zwei Ländern würde den Steuerämtern eine ganz neue Aufgabe zufallen, und es wäre daher die nothwendige Folge, auch dieses Personal entsprechend zu vermehren. Es würde sich also selbst der Mehraufwand von 174 580 fl. durch den letzteren Umstand noch bedeutend reducieren.

Die Regierung hat sich bei der ihr obliegenden Aufgabe eingehend mit der Erwägung befaßt, in welcher Ausdehnung, auch bezüglich der einzelnen Kategorien, die Bestellung des Personales eintreten könne. Nachdem sie zur Ueberzeugung gelangt ist, daß es nur mit dem von ihr in Antrag gebrachten Personale möglich ist, das gewünschte Ziel zu erreichen, ist sie bei dem gleichzeitigen, auch aus anderweitigen Gründen nothwendigem Studium ausländischer Gesetze auch an

die Frage herantreten, ob es nicht anderwärts gelungen sei, das anzustrebende Ziel billiger zu erreichen. Die Antwort fiel für Oesterreich vollkommen beruhigend aus. So zeigte es sich, daß in Frankreich, wo die Einrichtung besteht, daß in der Regel für jede Gemeinde ein Steuerempfänger bestellt ist, welcher einen Theil der Evidenzamts-handlungen auch zu pflegen hat, insofern die Bewältigung derselben nicht technische Kenntnisse erfordert, überdies 430 Controleure bestellt sind. So zeigte es sich weiters, daß in Baiern trotz der weit geringeren Ausdehnung 114 Bezirksgeometer bestellt sind und überdies 82 Functionäre, welchen die Aufgabe zufällt, die Ergebnisse der Vermessungen auszuwerten und in den Operaten durchzuführen.

So ergibt es sich, daß in Preußen 500 Catastercontroleure dauernd bestellt sind und überdies 35 Inspectoren und 35 Secretäre. Die Entlohnung ist auch weit größer als jene, welche in Oesterreich beansprucht wird. So bekommt ein Catastercontroleur in Preußen 3750 Mark.

Wenn nach den einzelnen Lohnsätzen der beiläufige Aufwand für Baiern und Preußen berechnet wird, so stellt sich heraus, daß mit Rücksicht auf die Flächenausdehnung der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder unter Anwendung der in Baiern bestehenden Einrichtungen der Aufwand ohne Vermessungsgebühren 787 265 fl. und unter Anwendung der Einrichtungen in Preußen 921 478 fl. betragen würde. Nun ist aber hierbei noch der bedeutende Unterschied zu berücksichtigen, daß in Baiern die gesammten Vermessungsauslagen von den Grundbesitzern bestritten werden. Von denselben werden die Reisekosten, die Quoten des Gehaltes und der Diäten vergütet. In Preußen sind weiters fixe Vermessungsgebühren festgestellt, sie überragen jedoch die österreichischen bedeutend, indem sie beiläufig per Vermessungsfall 1 fl. 30 kr. betragen. Wenn also in die Berechnung diese in Oesterreich in den Aufwand nicht einbezogenen Vergütungen in Anschlag gebracht werden, so ergibt sich, daß im Verhältnisse der Flächenausdehnung bei Annahme von 200 000 Vermessungsfällen, unter Anwendung der Einrichtungen für Baiern der Aufwand sich auf 1 218 000 fl. und unter Anwendung der Einrichtungen für Preußen auf 1 181 778 Gulden, also bedeutend höher als der dermalen für Oesterreich veranschlagte herausstellen würde.

Nun wurde auch noch andererseits der Erwägung Raum gegeben, ob der präliminirte Aufwand im Hinblick auf die Grundsteuerleistung nicht vielleicht eine unverhältnismäßige sei. Diese Erwägung fand insbesondere deshalb statt, weil sich die Regierung die Frage stellen mußte, ob denn die Steuerträger anderer Kategorien für die grundbesitzende Bevölkerung einen so bedeutenden Beitrag zur Bestreitung dieser Kosten leisten sollen, und auch diese Frage fiel wieder zu Gunsten Oesterreichs aus. Es ergibt sich, daß auf ein Foch in Baiern eine Steuerleistung von circa 41 kr., in Preußen eine von circa 35 kr., in Oesterreich von circa 76 1/2 kr. entfällt. Mit Rücksicht auf alle diese Momente mußte sich die Regierung auch nach diesen Forschungen die beruhigende Antwort geben, daß im Interesse der grundbesitzenden Bevölkerung an den Gesamtstaat kein übermäßiger Anspruch erhoben wird.

Die bisherigen Verpflichtungen des Steueramtes und der Vermessungsbeamten betreffend, erlaube ich mir die geneigte Aufmerksamkeit auf die Darlegungen in dem Motivenberichte zu lenken, daß nämlich ein wesentlicher Unterschied zu machen ist zwischen der Anmeldung, welche von dem Steueramte entgegenzunehmen ist, und der Erhebung, welche dem Geometer obliegt. Allerdings wird auch künftig das Steueramt die Anmeldungen entgegenzunehmen haben, es wird aber weiterhin die technische Durchführung nur dem Vermessungsbeamten obliegen.

Eine Verwendung also, wie sie ins Auge gefaßt würde, in der Art, daß das Steueramt eigentlich die Geschäfte der Vermessungsbeamten verrichten wird, findet nicht statt. Der Vermessungsbeamte wird sich auch durchaus nicht darauf zu beschränken haben, die Vermessung vorzunehmen, und es wird auch nicht das Personale deshalb vermehrt, um ihn bloß in die Lage zu setzen, Vermessungen vornehmen zu können; es hat sich eben bisher reichlich gezeigt, daß in solchen Fällen, wo die Grundbesitzer nicht in der Lage waren, die Objecte, welche sie veräußerten oder rücksichtlich welcher überhaupt eine bestimmte Veränderung vorlag, genau zu bezeichnen, die Erfassung des betreffenden Objectes nur auf Grund der Catastralmappe möglich war, was aber jenen Steuerbeamten, die nicht technisch vorgebildet sind, allerdings mehr Schwierigkeiten bereitet. Oft konnten diese Schwierigkeiten von den Steueramtsbeamten gar nicht bewältigt werden, während sie von dem Geometer anstandslos behoben wurden.

Bezüglich der überwachenden Organe erlaube ich mir noch, die geneigte Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß es sich hier nicht darum handelt, daß der Geometer dem Obergeometer und unter allen Umständen, bezüglich ein und derselben Aufgabe, dem Inspector, dem Oberinspector untergeordnet werde.

Die Geometer und Obergeometer sind die ausführenden Organe; dieselben werden die ganz gleiche

Aufgabe zu bewältigen haben. Es ist ein Unterschied in den Rangklassen sowie in allen übrigen Beamtenkategorien nur deshalb gemacht, um durch denselben eine Beförderung zu ermöglichen, die ohnehin nicht von besonderer Bedeutung ist, indem sie hinsichtlich des ausübenden Personales nur von der ersten bis zur neunten Rangklasse möglich ist. Ebenso ist es bezüglich der Inspectoren und Oberinspectoren.

Der Inspector wird in der Regel in seinem bestimmten Rayon und der Oberinspector in einem zweiten Rayon die Inspicierung vorzunehmen haben, und es wird der Inspector nur in größeren Ländern durch den Oberinspector controliert werden.

Hier ist vorwiegend gleichfalls die Erwägung maßgebend gewesen, daß den Beamten ein Fortkommen gesichert wird, und selbstverständlich wird bei der Eintheilung der Rayons darauf Rücksicht genommen werden, daß dem höher stehenden Beamten der schwierigere, umfangreichere und ausgedehntere Rayon zugewiesen wird, als dem untergeordneten.

Mit Rücksicht auf alle diese Erwägungen glaube ich das hohe Haus beruhigen zu können, daß die Vorlagen, die hier in Verhandlung stehen, nicht zu weit reichen.

Ich erlaube mir nur noch beizufügen, daß eine so bedeutende Verminderung der Geschäftslast, welche eine Reducierung des Vermessungspersonales zulässig erscheinen ließe, nicht zu gewärtigen ist.

Vom Ausland.

Aus Paris wird unterm 19. d. M. gemeldet: Von den in St. Germain-en-Laye verhafteten Anarchisten wurden drei wegen des Versuches zur Lockerung der Disciplin in der Armee vor den Assisenhof verwiesen. — Die Budgetcommission beschloß die Aufrechterhaltung des Cultusbudgets, reducierte dasselbe jedoch um einen Betrag von 540 000 Francs. Diese Herabminderung betrifft namentlich die für die Bischöfe eingestellten Credite.

Eine Depesche aus Bern meldet, Mgr. Merminod habe dem Präsidenten der Eidgenossenschaft einen Besuch gemacht und ihm angezeigt, daß er den päpstlichen Segen für den Bundesrath überbringe. Er versicherte den Präsidenten der versöhnlichen Dispositionen des Vaticans und berührte auch die Frage wegen der Wiederherstellung der Nuntiatur und der Errichtung eines Vicariates für das Tessiner Bisthum. Mgr. Merminod besuchte hierauf auch die übrigen Mitglieder des Bundesrathes.

Die zweite schwedische Kammer lehnte den ersten Paragraphen der Regierungsvorlage über die Seeresorganisation mit 153 gegen 44 Stimmen ab und nahm statt dessen einen abändernden Antrag an, gegen welchen sich der Staatsminister ausgesprochen hatte, weil derselbe eine Schwächung des Heeres involvierte.

Aus Rom

wird unterm 19. Mai berichtet: In der heutigen Kammer Sitzung sprachen in Fortsetzung der Verhandlung der Motion Nicoteras mehrere Redner und entwickelten ihre beantragten Tagesordnungen. Der Arbeitsminister Baccarini hebt eine Stelle der Rede Minghettis hervor und erklärt, er glaube nicht, daß eine Partei, welcher er (Baccarini) anhöre, es nöthig habe, mit ihren Gegnern eine Allianz einzugehen. Auch glaube er, daß eine Partei, welche sich mit neuen Elementen nicht zu assimilieren weiß, eine Partei ohne Leben sei. Er ziehe es demnach vor, alles, was sich vereinigen lasse, lieber sorgsam zu pflegen, als zurückzuweisen, und dies mit Inbegriff des Theiles der äußersten Linken, welcher sich nicht außerhalb des Kreises der Institutionen stelle. Er glaube übrigens, daß sich in den Reihen der Partei Minghetti eine solche Annäherung an die Ideen des Fortschrittes kundgebe, daß Minghetti seinen Projecten, insofern sie die Umgestaltung der Parteien betreffen, keine Folge geben können wird. Bezüglich seiner Principien, sagt Baccarini, werde er nie einen Vergleich eingehen.

Der Justizminister Zanardelli sagt, er sei eher bereit auf seine Macht zu verzichten, als sie zu bewahren, wenn er das Vertrauen seiner Freunde verlieren und sein Recht aufgeben müßte, ein von der liberalen Linken stammender Minister zu sein. Im Cabinet fühlte er die Pflicht, Depretis in Bezug auf alles, was seine persönliche Verantwortlichkeit betraf, die größte Ergebenheit zu bezeigen. Zwischen ihm und Depretis bestand nur im Jahre 1878 eine Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob die Exekutivgewalt das Recht habe oder nicht, politische Vereine aufzulösen. Diese Meinungsverschiedenheit ist heute verschwunden. Er gibt zu, daß eine große Anzahl Mitglieder der Rechten in die Reihen der Linken eintreten könne, Rechte und Linke jedoch können nie eine einzige Partei bilden, denn das Verschwinden dieser beiden Parteien wäre ein Symptom der parlamentarischen Decadenz.

Depretis habe niemals gesagt, die Linke verlassen zu wollen. Es handle sich darum, eine einmüthige Majorität zu constituieren, welche die Regierung in

der vollständigen Ausführung ihres Programmes unterstützen soll, eines Programmes, welches das Land zwar sehr klar finde, das jedoch nicht von allen Mitgliedern der Linken angenommen wird. Der Minister antwortet nun auf die Ausführungen Nicoteras und erklärt es als verleumderische Erfindung, daß die Regierung von dem Unternehmen Oberdanks Wind gehabt habe. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätte sie dieses Unternehmen gewiß verhindert. Sie werde auf ihrem Posten nicht ohne ausdrückliches Billigungsvotum bleiben. Sie wolle kein Absolutionsvotum, noch ein erstrecktes Votum, auch wolle sie weder ein Suspensivvotum, noch ein solches, das sie zu bleiben auffordert oder in die Reihen der Linken zurückberuft, welche zu verlassen sie niemals die Absicht hatte.

Sie werde Gewicht auf die Stimmenzahl legen, um ihre künftigen Entschlüsse zu fassen. Sie wolle ihr Programm zur Ausführung bringen, und habe sie nicht das Recht, die Hilfe von Leuten zurückzuweisen, welche sie bedingungslos unterstützen. (Wiederholter Beifall.) Wenn etwas in der Situation zweideutig sei, so sei es die Thatsache, daß sich in dem Votum gegen die Regierung Männer vereinigen, welche über eine Fundamentalfrage, nämlich über die Stabilität unserer Institutionen, uneinig sind.

Ministerpräsident Depretis erklärt sodann, daß die Regierung die von Ercole beantragte Tagesordnung annehme, wonach die Kammer, indem sie das politische Verhalten der Regierung billigt, zur Tagesordnung übergeht.

Miceli beantragt folgendes Amendement: Die Kammer hält an dem Programme der parlamentarischen Linken fest, billigt u. Depretis weist dieses Amendement zurück. Bei der Abstimmung wird dieses Amendement mit 301 gegen 54 Stimmen verworfen. 55 Deputierte haben sich der Abstimmung enthalten. Die ganze Rechte, sämtliche Mitglieder des Centrums, sowie ein großer Theil der Linken stimmten für die Regierung. Gegen die Regierung stimmten: Crispi, Nicotera, Cairoli. Die äußerste Linke enthielt sich der Abstimmung. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung über die Tagesordnung Ercoles wurde dieselbe mit 348 gegen 29 Stimmen angenommen. Fünf Deputierte enthielten sich der Abstimmung. Die 29 Stimmen gegen die Regierung gehören der äußersten Linken an. Um 9^{3/4} Uhr abends wurde sodann die Sitzung geschlossen.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofnachricht.) Ihre Majestät die Kaiserin wird Allerhöchstlich am 3. Juni nach Feldafing zu begeben und von dort am 18. Juni in Ischl einzutreffen geruhen. Allerhöchstlichen Aufenthalt in Ischl wird Ihre Majestät die Kaiserin in diesem Jahre abkürzen, da das Allerhöchste Kaiserhaus, wie bekannt, für den Monat August einem beglückenden Familien-Ereignisse entgegensteht.

— (Elektrische Bahn in Wien.) Am 19. d. M. vormittags war eine große Commission, bei welcher das k. k. Obersthofmeisteramt, das k. k. Ministerium des Innern, die k. k. General-Inspection, die k. k. Polizei, die Stadt Wien vertreten waren, unter Führung des k. k. Statthaltereirathes Ritter v. Kronensfeld im Prater, am vom Viaducte an der Schwimmschulallee aus bis zur Rotunde, circa zwei Kilometer, die politische Begehung für die Errichtung der elektrischen Bahn vorzunehmen. Diese elektrische Bahn überschreitet die Ausstellungsstraße im Niveau und mündet am rückwärtigen Portale der Rotunde. Sie wird als eine Versuchsbahn mit einem Meter Spurweite gebaut und muß 30 Tage nach Schluß der elektrischen Ausstellung wieder entfernt werden. Die ganze Länge durchschneidet sie in vier Minuten. Dem Motor werden als Betriebsmittel zwei Waggons mit einem Fassungsraume für 40 bis 50 Personen beigegeben. Alle zehn Minuten geht ein Zug tour und retour. Das k. k. Ministerium hat sich die Bestimmung der Fahrordnung und des Fahrpreises vorbehalten.

— (Ueber das Geständnis Spongas.) den Mord an Herrn von Mailath begangen zu haben, liegt folgende vollkommen authentische Meldung vor: Der Richter Gerhard Tóth ließ Sponga Freitag abends 8 Uhr vorführen, sprach mit demselben in freundlicher Weise über die Details, welche nach dem Verhöre von gegen 100 Personen über Sponga und dessen Complicen genau festgestellt waren. Sponga leugnete beständig. Nun fragte ihn Tóth bezüglich des Messers, welches er durch Javor beim Eisenhändler Tamedly kaufen ließ und für welches Javor 1 fl. erhielt, während dasselbe nur 45 kr. kostete. Hierauf wurde Sponga blaß, erklärte, gestehen zu wollen, und erzählte, quasi erleichtert, in fließender Weise Nachstehendes: Um 8 Uhr abends, während der Portier sich am Anstandsorte befand, führte der Leibhufar Berecz Sponga und Pitely in das Haus ein und verbergte dieselben in seinem Zimmer. Um 1 Uhr nachts seien dieselben in das Zimmer Mailaths eingetreten, und habe Sponga mit dem Messer in der Hand Mailath zugerufen, daß sie um Geld gekommen seien. Mailath

habe ihn angefahren und sich selbst die Hand an dem Messer verlegt. Pitely habe Mailath hierauf niedergestoßen, wobei dieser und Sponga zur Erde fielen. Nun habe Pitely die Füße Mailaths zusammengebunden, und Sponga, welcher den Mund Mailaths mit einem Handtuche stopfte und beide zurückließ, habe die Casseschlüssel zu sich genommen, um die Casse zu öffnen, was ihm aber nicht gelang. Während nun Sponga Kette, Uhr und Ring Mailath abnahm, nahm Pitely dessen Börse zu sich. Durch einen Strid hätten sich dieselben vom Balcon und der Festungsmauer niedergelassen. In Pest hätten sie das Geld getheilt. Sponga habe von Pitely 600 fl. erhalten, wie viel Pitely sich behalten habe, wisse Sponga nicht. Von der um Mailaths Hals geworfenen Schlinge wisse er nichts. Haken und Ringe zum Seile habe er durch einen Unbekannten kaufen lassen. Obwohl das Verhör bis 5 Uhr früh dauerte, kam heute Tóth dennoch ins Amt, und wurde das Geständnis Spongas formgerecht aufgenommen.

— (Eine Löwenjagd bei Paris.) Vor einigen Tagen machten Gemeindefeuerleute in Bondy bei Paris dem dortigen Gendarmerie-Commando die Anzeige, daß ein wahrscheinlich aus einer fahrenden Menagerie entkommener Löwe die Gegend unsicher mache und nächstlicher Weise ein furchtbares Gebrüll vernehmen lasse. Bessere Wahrnehmung konnte die Gendarmerie gleich selber machen, denn auch sie vernahm in der folgenden Nacht ein solches Gebrüll auf mehrere Kilometer in der Runde. Eine Weinhändlerin in der Nähe des Pariser Forts Romainville hatte nicht nur das schreckliche Brüllen vernommen, sondern auch einen Schatten vorüberhuschen gesehen, welcher augenscheinlich der des Löwen war. Nun machten sich die Gendarmerie-Brigaden von Bondy, Vilas, Romainville und Bagnolet zur Verfolgung des Raubthieres auf, und aus dem Fort Romainville stieß noch eine Compagnie Infanterie zu ihnen. Die Treibjagd begann; man umstellte die von Steinbrüchen und Gehölzen durchzogene Marlung der Banne, aber als die Jäger in der Mitte zusammenkamen, hatte keiner eine Spur von dem Löwen entdeckt. Zwei Tage lang war die Bevölkerung in Aengsten, endlich erfuhr man durch einen Fabrikarbeiter von Bondy, woher das Löwengebrüll komme: aus einer Dampfspeise, welche der Maschinenheizer mit Rautschul belegt hatte.

Locales.

Bartholomäus Widmer †,

frei resignierter Fürstbischöf von Salbach, Doctor der Theologie u. u. u.

Dem hochw. Fürstbischöf Widmer, dessen am 17. d. um 3^{3/4} Uhr früh im 81. Lebensjahre in Krainburg erfolgten Tod wir neulich gemeldet, widmet das „Salbacher Diöcesanblatt“ nachstehenden Nekrolog. Derselbe lautet: Fürstbischöf Widmer war am 11. August 1802 in Krainburg von frommen, schlichten Eltern geboren, begann seine Studienlaufbahn an der Volksschule in Krainburg, bezog sodann das sechsklassige Gymnasium in Salbach und trat nach absolvirtem Gymnasium auf die hiesige philosophische Studienanstalt über, welche er im Jahre 1824 absolvierte. Im Schuljahre 1824/25 begann er seine theologischen Studien am k. k. Lyceum zu Salbach, welche er im Jahre 1828 mit Auszeichnung vollendete, nachdem er schon am 12. August 1827 als absolvirter Theolog des dritten theologischen Jahrescurse zum Priester geweiht wurde. Nach dem Austritte aus dem Clerical-Seminar erhielt er die erste Anstellung in der Seelsorge als Cooperator in St. Ruprecht, welche Stelle er heiläufig zehn Monate bekleidete. Im Beginne des Schuljahres 1829/30 wurde er ins höhere Priester-Bildungsinstitut zum hl. Augustin in Wien abgeschickt, wo er sich auf die Erlangung der theologischen Doctorwürde vorzubereiten hatte. Der Ausbruch der Cholera in Wien im Jahre 1831 hatte außer anderem die Folge, daß auch dieses Institut sich auf einige Monate auflöste und bei dieser Gelegenheit auch Widmer in seine Diöcese nach Salbach heimkehrte, ohne schon das Ziel seiner Sendung, nämlich die theologische Doctorwürde, erlangt zu haben. Hier wurde er im Clerical-Seminar zum theologischen Studienadjuncten ernannt und besorgte als solcher im Seminar die cursorische Bibellektüre. Nach dem Aufhören der Cholera in Wien, im Herbst des Jahres 1831, wurde Widmer in das höhere Bildungsinstitut nach Wien zurückberufen und im Monate September 1832 wieder nach Salbach beordert, um die Supplirung der vacant gewordenen Lehrkanzel des Bibelstudiums A. B. und der orientalischen Sprachen zu übernehmen, wo er sich während der Supplirung der Concursprüfung aus denselben Fächern unterzog. Bevor er jedoch zum wirklichen Professor des Bibelstudiums des A. B. und der orientalischen Sprachen ernannt wurde, erhielt er den Ruf als k. k. Hofcaplan und Studien-director ins höhere Bildungsinstitut zum hl. Augustin in Wien, welchem Rufe er im April des Jahres 1837 thatfächlich folgte. Dorthat selbst ward er am 5. August 1837 zum Doctor der Theologie promoviert. Im Jahre 1848 ward Widmer zum Ehrenheimherrn des Salbacher Domecapitels ernannt und lehrte nach einer Abwesenheit von 23 Jahren als Bischof seiner Heimat-Diöcese nach Salbach zurück, resignierte im Jahre 1872 auf das bischöfliche Amt und lebte seit 1875 in ehrenvoller Ruhe

in seiner Vaterstadt Krainburg, ohne Laibach je wieder gesehen zu haben. Die Diöcesanen, Priester und Laien werden ihm stets ein dankbares Andenken in ihren Herzen bewahren.

Dem Leichenbegängnisse des hochw. Fürstbischöfes Dr. Widmer, das gestern vormittags in Krainburg stattfand, wohnten die hochwürdigsten Fürstbischöfe von Seccau und Lavant, Dr. Zwerger und Dr. Stepišnegg, zwei hochw. Herren Canonici aus Triest und zwei aus Görz, der hochw. Herr Propst Jarc, eine Deputation des Laibacher Domcapitels, bestehend aus den hochw. Herren Canonici Gogala, Jeran, v. Premierstein und Samejc, und über 100 Priester der Diöcese bei. Den vorgeschriebenen Ritus vollzog nach Celebrierung des Requiem's der hochw. Herr Fürstbischöf von Laibach, Dr. Joh. Chrysof. Pogacar. Die Predigt hielt der hochw. Herr Seminarvicedirector Canonicus Dr. Gogala. Der Sarg wurde von hochw. Herren Pfarrern und Caplänen getragen, während zu Seiten derselben Dechanten mit Windlichtern einher schritten. Es hatte sich eine so große Menge Theilnehmender aus der benachbarten Bevölkerung in Krainburg eingefunden, daß seit Langem daselbst nicht so viel Leute versammelt gesehen wurden, als eben gestern.

— (Militärisches.) Se. Majestät der Kaiser geruhten allergnädigst, den Obersten Hugo Edlen von Klobus, Commandanten des Feldjägerbataillons Nr. 19, zum Commandanten des Infanterieregiments Graf Robili Nr. 74 zu ernennen.

— (Gemeinderathssitzung.) Heute Dienstag, den 22. Mai, um 6 Uhr abends findet eine öffentliche Gemeinderathssitzung mit nachstehender Tagesordnung statt: I. Mittheilungen des Präsidiums. — II. Wahl: a) zweier Mitglieder der Gemeindevertretung in die Wahlcommission für die Landtagswahl der Landeshauptstadt Laibach am 12. I. M.; b) eines Vertreters des Gemeinderathes in das Realchulfonds-Verwaltungscomité; c) zweier Mitglieder der gemeinderäthlichen Wasserleitungssection. — III. Berichte der Finanzsection: a) betreffend die Taglöhne, welche im Jahre 1882 an die Wachmannschaft ausbezahlt wurden; b) über eine Zuschrift des Präsidiums der k. k. Finanz-Landesdirection, betreffend die Capitalisierung der Stiftung des Kaisers Friedrich III. für den hiesigen Bürgerhospitalsfond; c) über einige Reparaturen im Oberrealschulgebäude; d) über das Ansuchen des Herrn Julius Ranz um Rückersatz der Verzehrungssteuer von dem im Jahre 1882 zur Essig-erzeugung verwendeten Spiritus; e) über das Ansuchen der Wiener Bankgesellschaft, betreffend die Vergütung der vertragsmäßigen $\frac{1}{4}$ proc. Provision für eingelöste Lose des städtischen Lotterie-Anlehens; f) über den Anbot des Elias Predovic, betreffend die Pachtung der städtischen Wäge im Centralschlachthof; g) über den Antrag des Stadtmagistrates auf Verlegung des Viehmarktes; h) über den Antrag des Stadtmagistrates auf Genehmigung des Verkaufes einiger städtischen Waldparzellen in Skofelca. — IV. Berichte der Bausection, und zwar: a) über das Gesuch des Alois Korfika um Bewilligung der Einfriedung eines käuflich erworbenen Grundes auf der Vertata-Wiese und Verlegung des über diesen Grund führenden öffentlichen Weges; b) über den Erfolg der Vicitation behufs Sicherstellung des Bau- und Schnittholzbedarfes pro 1883. — Nach Schluß der öffentlichen sollen in vertraulicher Sitzung wieder die Vorbereitungen für die Jubelfeier weiter besprochen werden.

— (Die Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr) fand Sonntag um 9 Uhr im städtischen Magistratssaale in Anwesenheit von über hundert Mitgliedern unter dem Präsidium des Herrn Feuerwehrhauptmannes G. N. Doberlet statt. Der Generalversammlung war morgens 6 Uhr die Musterung vorausgegangen. Bei derselben erschienen Bürgermeister Grasselli, Vizebürgermeister Fortuna mit mehreren Gemeinderäthen, welche sämtliche Löschapparate und die Mannschafft unter der Führung des Herrn Feuerwehrhauptmannes Doberlet einer genauen Besichtigung unterzogen. Der Herr Bürgermeister sprach sich über den ausgezeichneten Stand der Löschapparate, ihre Vielfältigkeit und die vorzügliche Schulung der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr in anerkennendsten Worten aus und ersuchte den Herrn Feuerwehrhauptmann, sämtlichen Herren der Feuerwehr seinen und des Gemeinderathes Dank für ihre opferungsvolle Thätigkeit auszusprechen. Der Herr Feuerwehrhauptmann theilte zur Eröffnung der Generalversammlung den Dank des Bürgermeisters und des Gemeinderathes mit, welche Mittheilung mit Beifall zur Kenntnis genommen wurde. Weiters widmet der Herr Hauptmann warme Worte der Erinnerung dem verstorbenen Ehrenmitgliede Herrn I. I. Oberleutnant Joffé, dem ordentlichen Mitgliede Herrn Fasching, welcher stets ein pflichtgetreues Mitglied war, insbesondere aber dem Ehrenmitgliede Herrn Georg Freiberger, welcher, obwohl schon in Jahren vorgeschritten, dem Vereine bei seiner Gründung beitrug, nirgends und niemals fehlte, wo es galt, Hilfe zu bringen, dem Institute stets mit Rath und That beistand und in seiner letzten Stunde der Feuerwehr nicht vergaß, sondern den Krankensond derselben mit dem namhaften Legate per 100 fl. bedachte. Die

Kameraden werden diesem edlen Manne sicher ein dauerndes freundliches Andenken bewahren. (Beifall. Die Mitglieder erheben sich zum Zeichen des Beileides von ihren Sitzen.)

Der Schriftführer des Vereins, Herr Rütting, trägt sodann den Rechenschaftsbericht des Ausschusses über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre vor. Referent erwähnt, daß der Ausschuss zur Wahrung der Ehre des Institutes leider wiederholt in die Lage versetzt wurde, Mitglieder, welche sich durch ihr Betragen als unwürdig erwiesen, diesem humanen Vereine anzugehören, auszuschließen. An dem Feuerwehrfeste der Gründung der freiwilligen Feuerwehr in Innsbruck hat sich der Verein durch eine zahlreiche Deputation theiligt und auch an der Ausstellung der Feuerlöschrequisiten durch Exposition sämtlicher Löschvorrichtungen in photographischer Abbildung theilgenommen, wofür dem Vereine seitens der Preisjury das Anerkennungsdiplom zuerkannt wurde. Bezüglich der Feuerwehr im landschaftlichen Theater wurde nach langen Verhandlungen mit den berufenen Factoren das Uebereinkommen getroffen, daß die freiwillige Feuerwehr zu den Vorstellungen an jedem Abende drei Mann entsendet, welche in erster Linie für die ruhige Entfernung der Besucher bei einem Brande Sorge zu tragen haben. Der Bericht-erstatte theilt sodann mit, daß Herr Georg Freiberger dem Vereine 100 fl., Fräulein Schreiter 50 fl. testiert haben. An den löblichen Gemeinderath wurde der Antrag gestellt, eine oder beide Spritzen alten Systems zu veräußern und den Erlös zur Anschaffung einer Land-Fahrspritze zu verwenden. Referent kommt sodann auf die bevorstehende 600jährige Landes-Jubelfeier zu sprechen, welche derzeit alle Gemüther Krains beschäftigt. Auch die Feuerwehren Krains werden an dem Feste hervorragenden Antheil nehmen. Der Bericht wird genehmigend zur Kenntnis genommen, worauf der Vorsitzende bemerkt, der Gemeinderath habe in seiner letzten Sitzung ein Comité gewählt, welches Wohnräume beschaffen soll, vielleicht werde es diesem gelingen, auch Platz für die auswärtigen Feuerwehrmitglieder zu schaffen.

Der Vereinscassier Herr Albin Ahtschin trägt den Cassenbericht für das verflossene Vereinsjahr vor. Die Einnahmen betrugen 2910 fl. 46 kr., die Ausgaben 2730 fl. 90 kr., folglich ergibt sich ein Casserest per 179 fl. 56 kr. Ueber den Rechnungsabluß des Unterstützungsfondes referiert der Cassier Herr C. Rütting. Das Vereinsvermögen beträgt 3418 fl. 28 kr. An Krankengeld wurden 185 fl. 70 kr. ausbezahlt. Der Obmann des Revisionsausschusses Herr C. Hinterlechner referiert über die Prüfung der Geschäftsbücher und Cassen und constatirt, daß alles in vollster Ordnung befunden wurde, worauf die beiden Cassenberichte genehmigt werden. Als Vertrauensmann wird in den Ausschuss Herr C. Hinterlechner gewählt. Der Antrag des Ausschusses, den Beitrag von den Einnahmen der Feuerwehr zum Krankensonde von 20% auf 10% zu reducieren, wird nach den Ausführungen der Herren Rütting und Doberlet angenommen. Der Antrag, das Krankengeld für die Mitglieder zu erhöhen, wird, nachdem die Herren Doberlet, Rütting, Albin Ahtschin und Hinterlechner hervorgehoben, der Stand der Unterstützungscasse lasse dies dermalen noch nicht zu, und übrigens werde ohnehin jedes Mitglied in ausreichender Weise unterstützt, mit großer Majorität abgelehnt. Ueber Antrag des Herrn Hauptmannes wird hierauf der gewesene Bürgermeister Herr Regierungsrath Anton Vajchan nach einer glänzenden Begründung, daß derselbe stets die Interessen der freiwilligen Feuerwehr bestens wahrgenommen und mit regstem Eifer gefördert habe, einstimmig unter stürmischem Beifalle zum Ehrenmitgliede ernannt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Moskau, 21. Mai. Der Kaiser empfing nachmittags das vollständige diplomatische Corps. Die Stadt ist äußerst belebt, die Bevölkerung enthusiastisch. Im Kreml drängt sich eine Masse Neugieriger. Die Vertreter der ausländischen Presse erhielten heute die Erlaubnis, das Innere der Kathedrale und des Kremlpalastes zu betreten, um die Vorbereitungen und die Krönungsinsignien zu besichtigen. Die Journalisten erhielten Passierscheine, welche zugleich mit ihrer Photographie versehen sind. Das Wetter ist schön. Der feierliche Einzug des Kaiserpaars findet morgen statt.

Wien, 21. Mai. (Wiener Abendpost.) Ihre k. und k. Hoheiten der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Maria Theresia haben gestern abends um 10 Uhr mittelst Separathofzuges der Nordbahn sammt Gefolge die Reise zur Krönung nach Moskau angetreten. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Victor und Se. kön. Hoheit der Herzog von Braganza hatten sich auf dem Bahnhofe eingefunden.

Wien, 21. Mai. Der niederösterreichische Landtag hat heute seine fünfte Session mit einer Ansprache des Landmarschalls Freiherrn v. Felder begonnen, in welcher dieser über den Empfang der aus

Anlaß des Habsburg-Jubiläums bei Sr. Majestät dem Kaiser erschienenen Huldigungs-Deputation des niederösterreichischen Landtages berichtete.

Moskau, 20. Mai, nachts. Heute 6 Uhr 20 Min. abends sind der Kaiser, die Kaiserin mit den kaiserlichen Kindern und den Großfürsten Alexei und Paul auf dem Brester Bahnhofe hier angelangt und von sämtlichen Großfürsten, allen Prinzen und Generalen empfangen worden. Nach sehr herzlicher Begrüßung unter den Klängen der Nationalhymne fuhr die Majestät im offenen Wagen in das Petrowsky-Palais. Die dorthin führende Chaussee war von einer unabsehbaren Menschenmasse besetzt, welche in begeisterte Hurrah-Rufe ausbrach. Die Majestäten wurden im Palais vom Hofminister und der Generalität empfangen; die Kapelle der aufgestellten Ehrenwache intonierte die Nationalhymne. Die Straßen, Plätze, Boulevards sind von dichten, freudig gestimmten Volksmengen bedeckt.

Newyork, 20. Mai. Aus Illinois werden weitere Verheerungen infolge des Orcanes gemeldet: 63 Personen wurden getödtet, 200 verletzt. Die Menschenverluste in Wisconsin sind wegen der mangelhaften telegraphischen Verbindung noch nicht bestimmbar. Die Verheerungen in Racine blieben auf Arbeiter-Eigenthum beschränkt.

Bandel und Volkswirtschaftliches.

Oesterreichisch-ungarische Bank. Stand vom 15. Mai 1883: Banknotenumlauf 352 566 000 fl. (— 9 041 000 fl.), Silber 120 435 000 fl. (— 10 000 fl.), Gold 68 456 000 fl. (— 22 000 fl.), Devisen 10 940 000 fl. (— 118 000 fl.), Portefeuille 131 987 000 fl. (— 9 098 000 fl.), Lombard 22 897 000 fl. (— 128 000 fl.), Hypothekar-Darlehen 88 446 000 fl. (+ 40 000 fl.), Pfandbriefumlauf 84 953 000 fl. (+ 109 000 fl.)

Angewandte Fremde.

Am 20. Mai.

Hotel Stadt Wien. Serbu, kaiserl. königl. Militär-Seelforger, Budapest. — Baba, Privatier, Großpriefen. — Karbošcheg Aurelie, Hausbesitzerstochter, Pettau. — Daub, Fabrikant, Mainz. — Grünhut, Reisender; Geller, Metz und Grünsteidl, Kaufleute, Wien. — Jänk, Kaufm., Graz. — Leban, Kaufm., sammt Familie, Triest. Hotel Elephant. Schust, Domherr, Triest. — Koderbar, k. k. Oberlandesgerichtsrath, und Herrmann, k. k. Landesgerichtsrath, Graz. — Brachnitar, Gutsbesitzer, Stein. — Arlo und Patriarch, Agram. — Kovac, Fabrikvertreter, Innsbruck. — Meyer, Kfm., Wohlen. — Schulz, Kfm., Wien.

Verstorbene.

Den 19. Mai. Johann Eßig, Schuster (berzeit Zwangsling), 18 J., Polanadamn Nr. 50, Tuberculose.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Mai	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
21.	7 U. Mg.	734,19	+ 5,6	windstills	Rebel	
	2 „	734,89	+ 16,0	SD. schwach	halbheller	0,00
	9 „ Ab.	737,36	+ 9,6	D. schwach	mondhell	

Morgens Rebel, dann heiter; nachmittags Wolkengänge vorüberziehend; Abendroth; klare Mondnacht. Das Tagesmittel der Wärme + 10,4°, um 4,7° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Danksagung.

Für die herzlichen Beileidsbeweise und die zahlreiche Theilnahme am Begräbnisse meiner innigstgeliebten, unvergesslichen Gattin

Marie geb. Germ

sowie für die gespendeten prächtigen Kränze spreche ich allen Anverwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege den wärmsten Dank aus.

Rudolfswert am 18. Mai 1883.

Martin Mohar,
k. k. Hilfsämter-Vorsteher.

(17) 36

MATTONI'S
GISSHÜBLER
reiner alkalischer
SAUERBRUNN
bestes Tisch- und Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- und Blasenkatarrh.
PASTILLEN (Verdauungszelchen).
Heinrich Mattoni, Karlsbad (Böhmen).

